

- Sperrfrist: Montag, 22.11.2010, 19.00 Uhr -

## **Mehr Leistung erfordert mehr Geld!**

### **1. Einleitung**

Sehr geehrten Damen und Herren,  
in der vergangenen Woche haben wir die Öffentlichkeit über die Steuererhöhungsvorschläge der Verwaltung informiert und dabei auch schon einige Aussagen über den Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurf 2011 getroffen.

Insofern wird es an der einen oder anderen Stelle in dieser Haushaltsrede Wiederholungen geben, bewusst dort, wo ich den Aussagen besondere Bedeutung beimesse.

## 2. Rahmenbedingungen /

### volkswirtschaftliches Umfeld

Lassen Sie mich eingangs einen Blick werfen auf die Rahmenbedingungen, in denen wir uns derzeit bewegen.

Die konjunkturelle Entwicklung verläuft besser als dies noch vor wenigen Monaten (z.B. in der Mai-Steuerschätzung) erwartet wurde. Noch vor wenigen Wochen haben wir intern darüber gesprochen, dass wir für die Haushaltsgenehmigung mit Auflagen des Regierungspräsidiums rechnen müssen.

Die November-Steuerschätzung prognostiziert beachtliche Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. Ich warne dringlich davor: So beständig sich die Erholung für 2010 gezeigt hat, so anfällig sind nationale Volkswirtschaften in einer globalisierten Welt.

Vereinzelte euphorische Reaktionen in der Bundespolitik sehen schon wieder Spielräume für Steuersenkungen.

Fakt ist:

Trotz der positiven konjunkturellen Entwicklungen steuern die Städte und Gemeinden auf das größte Haushaltsloch in der Nachkriegsgeschichte zu.

Zitat aus einer Pressemitteilung des Deutschen Städtetages:

„Die steigenden Steuereinnahmen sind erfreulich, aber sie können die riesigen kommunalen Haushaltsprobleme nicht lösen. Trotz guter Konjunktur müssen die Kommunen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mit einem zwei-stelligen Milliarden Defizit rechnen.“

(Zitat Ende)

Trotz der hoch gesetzten Prognosen bleibt die finanzwirtschaftliche Situation äußerst schwierig. Ein Blick auf die Entwicklung der Gesamtsteuer-einnahmen der Kommunen belegt diese Aussage:

<u>Jahr</u>	<u>Steuereinnahmen (Mrd.Euro)</u>
2008	77,0 (Ergebnis)
2009	68,4 (Ergebnis)
2010	69,1 (Schätzung)
2011	72,3 (Schätzung)
2012	77,1 (Schätzung)

Erst 2012 werden die Städte und Gemeinden nach der Steuerschätzung wieder über Steuereinnahmen in Höhe des Vorkrisenjahres 2008 verfügen. Setzt man diesen Werten noch den Anstieg der kommunalen Sozialausgaben (2008 auf 2010 um 9 % auf rd. 42 Mrd. Euro) und die sprunghafte Kostensteigerung bei der Kinderbetreuung hinzu, können die zitierten Äußerungen des Städtetages unschwer nachvollzogen werden.

Das Fazit für das nächste Jahr:

2011 ist nicht das Jahr 1 nach der Krise, es ist das 3. Krisenjahr. Und es ist das dritte Jahr, das an den Reserven zerrt. Die Konjunkturkurve darf nicht zur Bequemlichkeit verleiten.

### **3. Situation der Stadt Lahr**

Die makro-ökonomischen Daten treffen verstärkt auch auf die Stadt Lahr zu.

Seit 2009 sind die Einnahmen stark gesunken. Verglichen mit dem Jahr 2008 müssen wir mit 11 % weniger Steuereinnahmen auskommen.

Das Gewerbesteueraufkommen ist regelrecht eingebrochen. Im vergangenen Jahr haben wir nur knapp 13,9 Mio. Euro erhalten, aktuell stehen wir bei 13,1 Mio. Euro. Das sind Zahlen, die wir zuletzt Mitte der 90-ziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatten.

Zum Vergleich:

2001 bis 2008 hatten wir trotz des Krisenjahres 2003 ein jahresdurchschnittliches Aufkommen von 18,8 Mio. Euro.

Unser Einkommensteueranteil stagniert nach absoluten Werten seit Jahren. Von 2001 bis 2011 haben wir nur einen Anstieg von 1 %, während das Gesamtaufkommen in Baden-Württemberg im gleichen Zeitraum um 11 % zu-

nimmt. Der Einkommensteuerschlüssel ist in 30 Jahren um über 20 % gesunken. Hätten wir noch die Schlüsselzahl von 1974, könnten wir bei diesem Posten mehr als 3 Mio. Euro zusätzlich einnehmen.

Unsere Einnahmen aus dem Finanzausgleich als dritte wichtige Finanzierungsquelle werden maßgeblich bestimmt durch die aus Steueraufkommen gespeiste Verteilungsmasse.

Die vereinfachte Formel:

Wirtschaftskrise = weniger Steuereinnahmen =  
geringere Zuweisungen.

Auch hier haben wir erhebliche Einschnitte zu verkraften.

#### **4. Haushaltsentwurf 2011**

##### **4.1 Entstehung**

Vor dem Hintergrund dieser Rahmendaten -unterlegt auch durch die Steuerschätzungen November 2009 und Mai 2010 - war zu erwarten, dass 2011 das schwierigste Haushaltsjahr der vergangenen Jahrzehnte wird.

Der aus den Mittelanmeldungen der Ämter und Abteilungen zusammengestellte 1. Entwurf des Verwaltungshaushaltes hat die schlimmen Erwartungen mehr als bestätigt.

Mit einer Unterdeckung von rund 7,3 Mio. Euro war ein in diesem Verfahrensschritt noch nie dagewesener Wert zu verzeichnen.

Nach intensiv geführten Haushaltsgesprächen und unter Einrechnung der berücksichtigungsfähigen Konsolidierungsempfehlungen der Lenkungsgruppe „Haushaltsstruktur“ konnte dieses Defizit um mehr als 4,7 Mio. Euro auf unter 2,6 Mio. Euro reduziert werden. Bei diesem Stand hätte sich im Vermögenshaushalt trotz eines extrem ausgedünnten Investitionsprogramms eine Netto-Neuverschuldung von 3,8 Mio. Euro ergeben.

Mit solchen Eckwerten wäre eine Haushaltsgenehmigung zumindest ohne einschneidende Auflagen nicht zu erreichen gewesen.

Es war daher unumgänglich - mit Blick zunächst auf 2011, im Weiteren auch auf die mittel- und langfristige Entwicklung - eine nachhaltige Stärkung der Ertragskraft in Form der vorgeschlagenen (**und heute von Ihnen beschlossenen**\*) Steuererhöhungen mit einer Einnahmeverbesserung von rund 1,9 Mio. Euro einzuplanen.

(\***Alternativ**: Nachdem die Anhebung des Grundsteuerbesatzes heute keine Zustimmung gefunden hat, werden wir bei den Haushaltsberatungen über Alternativen diskutieren müssen).

Die überraschend guten Zahlen der aktuellen November-Steuerschätzung für 2010 und 2011 haben schließlich einen weiteren Beitrag geleistet, Ihnen heute einen Entwurf mit einem geringen Überschuss des Verwaltungshaushaltes von 300.000 Euro und ohne Netto-Neuverschuldung im Vermögenshaushalt vorlegen zu können.

#### 4.2 Verwaltungshaushalt

Meine Damen und Herren,  
eingangs habe ich auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rahmendaten die Ein-namenseite beleuchtet. Ein Blick in

den Verwaltungshaushalt 2011 zeigt die andere Seite der Medaille, die Ausgabenentwicklung insbesondere im Sozialhaushalt.

Der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 erhöht sich im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2009 um nahezu 1,5 Mio Euro. Davon entfällt auf die Kinderbetreuung ein Zuwachs von 1,3 Mio. Euro, alleine für die Betreuung unter Dreijährigen nimmt der Zuschussbedarf um 850.000 Euro zu.

Wir alle wollen die bestmögliche Betreuung für die Kinder und eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Überwiegend bedeutet das, mehr Frauen mit Kindern schneller den Wiedereinstieg in die Arbeit zu ermöglichen. Und wir brauchen auch auf dem Arbeitsmarkt dringend das Fachkräftepotential junger Mütter.

Die Verbesserung des Leistungsangebotes verursacht im erheblichen Umfang steigende Personal- und Betriebskosten, die zu 60 % von uns zu tragen sind. Und es handelt sich um einen dynamischen Ausgabenzuwachs. Der fortzuführende Ausbau von Krippenplätzen bis zum gesetzli-

chen Anspruch wird weitere Ausgabenerhöhungen nach sich ziehen.

Erneut muss festgestellt werden, dass die Kostenbeteiligung von Bund und Land nicht fair und angemessen ist.

Wir dürfen gespannt sein, ob das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen zur Kindergartenfinanzierung unter Beachtung des in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzips auch in Baden-Württemberg bei durchaus vergleichbarer Rechtslage Auswirkungen zeigt.

Ich möchte noch auf einen weiteren Posten im Sozialetat hinweisen. Für das Projekt Bürgerarbeit stellen wir einen Betrag von 60.000 Euro bereit. Weitere Raten in gleicher Höhe in 2012 und 2013 sollen folgen. Damit werden wir in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Arbeitsförderung 50 Bürgerarbeitsplätze in Lahr einrichten. Diese dienen dazu, Menschen Aussicht auf einen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, die ohne Hilfe diese Chance nicht haben.

In Anbetracht unserer Arbeitsmarktsituation wollen wir diese Initiative gerne unterstützen, auch wenn wir damit den Mitteleinsatz für freiwillige Sozialleistungen erhöhen.

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird sich um 2,3 % auf 33 % erhöhen. Mit dem Ansatz von 13,7 Mio. Euro liegen wir mehr als 900.000 Euro über dem laufenden Jahr, eine weitere Zusatzbelastung.

Aufgrund der Berechnungssystematik der Kreisumlage macht sich der krisenbedingte Rückgang der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen bei den kreisangehörigen Gemeinden im Haushalt des Kreises erst zeitversetzt bemerkbar. Hinzu kommt, dass die vom Kreis zu tragenden Sozialausgaben weiter ansteigen.

Eine kurze Anmerkung noch zur Gewerbesteueranschlagung:

Der Ansatz von 15,5 Mio. Euro (nach Erhöhung des Hebesatzes) ist zurückhaltend geschätzt, vor allem auch im Hinblick auf den aktuellen Stand von 13,1 Mio. Euro. Die

Wachstumsprognosen könnten durchaus Hoffnung auf ein höheres Ergebnis keimen lassen. Allerdings gibt es derzeit noch keinerlei konkrete Hinweise auf eine nachhaltige Besserung. So gibt es z.B. keine nennenswerten Anpassungen der Vorauszahlungen nach oben. Darüber hinaus ist nicht einzuschätzen, inwieweit in den Vorjahren entstandene vortragsfähige Verluste an sich steuerpflichtige Gewerbeerträge schmälern. Wir sollten vorsichtig bleiben und uns dann freuen, wenn es tatsächlich mehr werden sollte.

#### 4.3 Vermögenshaushalt

Ich komme zum Vermögenshaushalt:

Das Volumen beträgt knapp 6,7 Mio. Euro. Im Vergleich zu den investitionsstarken Vorjahren der Situation geschuldet eine bescheidene Größenordnung. Aber wir sind noch in der Lage - im Gegensatz zu vielen anderen Städten - den vordringlichen Bedarf zu befriedigen und, soweit es eben möglich ist, unseren Leitlinien der vergangenen Jahre Rechnung zu tragen.

Für den Schulbereich stehen rund 470.000 Euro zur Verfügung. Die Mittel sind im Wesentlichen bestimmt für zwingend notwendige Sanierungsmaßnahmen am Max-Planck-Gymnasium sowie für im Zuge der Erweiterung des Schefelgymnasiums erforderliche Maßnahmen im Bestand.

Im Rahmen der Stadtentwicklung stehen für die erfolgreiche Sanierungsmaßnahme „nördliche Altstadt“ 200.000 Euro bereit.

Darüber hinaus sollen (auch aus förderrechtlichen Gründen) die Arbeiten am innerstädtischen Tangentenring mit dem Ausbau der Goethestraße / Lotzbeckstraße fortgesetzt werden. Hierfür sind als 2. Rate 420.000 Euro veranschlagt.

Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung werden insgesamt über 300.000 Euro bereitgestellt. Gleichzeitig sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,3 Mio. Euro im Entwurf enthalten. Damit wird der teilweise Umbau der Schule in Sulz zur Kindertagesstätte sowie als Fördermaßnahme der Neubau der „Arche Noah“ finanziert.

Wie die Finanzplanung zeigt, werden die Verpflichtungsermächtigungen die Finanzierungsmöglichkeiten der folgenden Haushaltsjahre deutlich belasten.

Für die Beschaffung neuer Fahrzeuge der Feuerwehrrabteilungen in den Stadtteilen muss die Restfinanzierung in Höhe von 390.000 Euro bereitgestellt werden. Um einen kostengünstigen Gesamtauftrag erteilen zu können, wurde im laufenden Jahr eine Verpflichtungsermächtigung in dieser Höhe eingestellt.

Die Landesgartenschau 2018 erscheint mit einem Gesamtansatz von 193.000 Euro. Davon entfallen 43.000 Euro auf Leistungen eigener Ämter, die haushaltsneutral in den Verwaltungshaushalt verrechnet werden. Mit diesem Vorgehen wollen wir sicherstellen, dass alle entstehenden Aufwendungen, auch mit Blick auf mögliche Förderzusammenhänge, im Rechnungswesen erfasst werden.

150.000 Euro, verbunden mit einer Verpflichtungsermächtigung über 100.000 Euro, sind bestimmt für die externe

Betreuung der vorgesehenen Wettbewerbe und weitere Planungsleistungen.

Entsprechend den Festlegungen der Gemeinderatsklausur von Erstein hat sich die Verwaltung das Ziel gesetzt, auch den Vermögenshaushalt 2011 wie seine Vorgänger seit 1999 ohne Neuverschuldung darzustellen.

Dieses Ziel kann entgegen allen Erwartungen, auch unserer eigenen, erreicht werden, wenn alle Steuerbeschlüsse wie vorgeschlagene gefasst werden.

Die für die Kinderbetreuungsprojekte eingesetzten Mittel finanzieren wir, wie dies vor Umsetzung der Maßnahmen angekündigt und in den Haushaltsplänen 2009 und 2010 bereits so durchgeführt wurde, über eine weitere Teilrückführung des gemeindlichen Darlehens in der Abwasserbeseitigung.

#### 4.4 Mittelfristige Finanzplanung

Mit dem Haushaltsplan 2011 schauen wir in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014.

Diese Vorschau macht deutlich, dass die Stärkung der Ertragskraft durch die Steuererhöhungen unumgänglich notwendig ist. Trotz dieser Erhöhungen und einer entsprechend den Orientierungsdaten aus der November-Steuerschätzung unterstellten stabilen Konjunktur können wir nur in bescheidenem Umfang eine Netto-Investitionsrate erwirtschaften.

2012 können wir noch ohne Netto-Neuverschuldung darstellen, allerdings ohne die gesetzliche Mindestzuführungsrate auszuweisen. 2013 und 2014 müssten wir ohne weitere Einschränkungen des Investitionsprogramms eine Netto-Neuverschuldung von über 2,0 Mio. Euro eingehen - ohne die Steueranpassungen aus der heutigen Sitzung verdoppelt sich dieser Betrag auf fast 4 Mio. Euro.

Nun mag man dieser Mittelfristprognose nicht allzu viel Bedeutung beimessen oder sie mit der Haltung abtun, es wird eh immer alles besser.

Bestimmen wir doch dieses „alles besser“ einmal näher. Setzen wir voraus, dass für eine Stadt unserer Größe einer Netto-Investitionsrate von jährlich 2,0 Mio. Euro als untere Grenze für eine gesunde Eigenmittelfinanzierung der Investitionen gilt.

Um solche Werte zu erreichen, müssten wir im Zeitraum 2012 – 2014 insgesamt eine Verbesserung, sei es durch Mehreinnahmen oder Einsparungen, von annähernd 5,5 Mio. Euro erreichen. Gehen wir in Boomjahre, wie vereinzelt prophezeit wird, dürfte dies kein Problem sein.

Bekommen wir eine stabile Konjunktur ohne Spitzen über 3 bis 4 Jahre hinweg, könnte es auch noch reichen. Gibt es Nachwirkungen der Krise, Konjunkturdellen, oder andere Verwerfungen, wird das Ziel nur mit massiven Eingriffen in unser Dienstleistungsangebot erreichbar sein.

Warum dieses Gedankenspiel?

Ich möchte deutlich machen, dass die Finanzierungskraft unseres Haushaltes, generell der Städte und Gemeinden geringer wird. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich weiter. Die Investitionsfinanzierung wird bei uns, in Baden-Württemberg, bundesweit sowieso, immer schwieriger.

## **5. Schlussbemerkungen**

Ich komme zum Schluss:

Wie erwartet wird 2011 ein schwieriges Jahr werden. Gemessen an den Prognosen, die noch vor wenigen Monaten durchaus begründet erstellt wurden, dürfen wir die Situation doch etwas entspannter sehen. Die überraschend gute konjunkturelle Entwicklung hat dazu natürlich einen wichtigen Beitrag geleistet.

Aber wir haben uns auch selbst geholfen. Die Konsolidierungsbemühungen und die Bereitschaft, die notwendigen Beschlüsse zur nachhaltigen Sicherung der Ertragskraft

unseres Haushaltes zu treffen, belegen für mich erneut, dass wir handlungsfähig und handlungsbereit sind.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe in den Ihnen vorliegenden Unterlagen nicht enthalten sind. Es besteht noch Klärungsbedarf hinsichtlich steuerlicher Fragen und speziell bei der Abwasserbeseitigung im Zusammenhang mit der Umstellung auf die gesplittete Abwassergebühr. Wir werden

Ihnen die Pläne möglichst zeitnah zukommen lassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe Ihnen hiermit den Entwurf des Haushaltsplanes 2011 zur Beratung in den Fraktionen.